



über die 3. Sitzung  
des Jugendhilfeausschusses  
am Dienstag, dem 14. Oktober 2003  
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:05 Uhr  
Ende: 19:55 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch  
Frau Dyduch  
Frau Hartig  
Frau Müller

Ratsmitglieder CDU

Frau Jacobsmeier  
Frau Scharrenbach  
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Brinkmann

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen

Frau Hartmann  
Frau Hinterseer  
Herr Kaczmarek  
Herr Maidorn  
Herr Theis  
Herr Töpfer

Beratendes Mitglied FDP

Frau Oertel

Beratendes Mitglied BG

Herr Milewski

Beratende Mitglieder

Frau Diester  
Herr Kampmann  
Herr Krampe  
Frau Dr. Krumme  
Herr Suk  
Herr Treese

## Verwaltung

Herr Brüggemann  
Herr Dunker  
Herr Güldenhaupt  
Frau Harmsma  
Herr Peske

## Gäste

Herr Gercek  
Herr Gött, Landesjugendamt  
Herr Kanz, Erziehungsberatungsstelle

## entschuldigt fehlten

Herr Brumberg  
Frau Bucek  
Herr Büchel  
Herr Hinterseer  
Herr Kalle  
Frau Lübke  
Frau Lungenhausen  
Herr Rickwärtz-Naujokat

Frau **Dyduch** eröffnete die Sitzung und begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die anwesende Presse. Sodann stellte sie den ordnungsgemäßen Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht, so dass nach der nachfolgenden Tagesordnung verfahren wurde:

## A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Zwischenbericht des Projektes Jugendhilfestrategien 2010	
2.	Bericht der gemeinsamen Erziehungsberatungsstelle (EB) der Städte Bergkamen und Kamen - Vorstellung des Jahresberichtes 2002 durch Herrn Kanz - Vorstellung des Fördervereins durch Frau Mikat	
3.	Offene Ganztagschule hier: Antrag der CDU-Fraktion	187/2003
4.	Auswirkungen der Haushaltskürzungen im Landeshaushalt für den Bereich der öffentlichen und der freien Jugendhilfe hier: Antrag der SPD-Fraktion	
5.	Kindergartensituation in Kamen	184/2003
6.	Gewährung von Mitteln zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2003	185/2003
7.	Bericht über die Ferienaktionen 2003	
8.	Bericht über den Sachstand der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2003	
9.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

**B. Nichtöffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

### Zu TOP 1.

Zwischenbericht des Projektes Jugendhilfestrategien 2010

Herr **Gött** vom Landesjugendamt gab einen kurzen Zwischenbericht zum Projekt „Jugendhilfestrategien 2010“.

Der Folienvortrag von Herrn Gött ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr **Weigel** erkundigte sich, ob eine hohe Wohnraumdichte immer auch ein Indikator für eine hohe Problemdichte sei und ob dieses auch für die Schulen gelte.

Herr **Gött** meinte, dass dieses im Einzelnen nicht zu erwarten sei. Jedoch entstünden da, wo viele Personen aufeinander treffen, leichter Konflikte.

Herr **Kampmann** wies darauf hin, dass die geschlechtsspezifischen Angebote an den Schulen aufgrund des Anteiles von Jungen und Mädchen unterschiedlich seien.

Herr **Gött** erklärte, im Bereich der Mädchenarbeit habe es in den letzten Jahren einen Aufschwung gegeben.

Frau **Bartosch** sagte, die Aussage aus dem Vortrag von Herrn Gött, dass die Facharbeiter in Zukunft aufgrund des Bevölkerungsrückganges nicht mehr ausreichen würden, ein interessantes und wichtiges Indiz sei.

Herr **Suk** erkundigte sich, welche Angebote seitens der Stadt für die sog. „Lückekinder“ gemacht würden.

Herr **Dunker** antwortete, es gebe in der offenen Jugendarbeit einen verstärkten Ansatz an Angeboten für die Kinder im Alter zwischen 10 - 14 Jahren.

Frau **Dyduch** ergänzte, ein Beispiel hierfür sei das „Dance Votum“.

### Zu TOP 2.

Bericht der gemeinsamen Erziehungsberatungsstelle (EB) der Städte Bergkamen und Kamen

- Vorstellung des Jahresberichtes 2002 durch Herrn Kanz
- Vorstellung des Fördervereins durch Frau Mikat

Herr **Kanz** von der Erziehungsberatungsstelle stellte die Arbeit der gemeinsamen Erziehungsberatungsstelle der Städte Kamen und Bergkamen vor.

Der Folienvortrag von Herrn Kanz ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Frau **Scharrenbach** erkundigte sich, inwieweit Hilfen rechtzeitig angeboten werden können. Des Weiteren fragte sie, ob Herr Kanz der Meinung wäre, dass durch die Kürzungen der Zuschüsse für die Beratungsstellen der freien Träger eine höhere Belastung auf sie zu käme. Darüber hinaus wollte Frau Scharrenbach wissen, ob die Präsenz an Kindergärten und Schulen nur durch den Umstand der personellen Kapazitäten nicht ausgebaut werden könne.

Herr **Kanz** antwortete, dass eine frühe Beratung notwendig sei. Bei langfristigen Fällen würden die Klienten an niedergelassene Therapeuten weiter vermittelt. Des Weiteren erklärte er, dass die Kürzungen bei den Beratungsstellen der freien Trägern höchstwahrscheinlich zu einer Steigerung der Klientenzahlen führen werde. Ferner ergänzte er, die Präventionsarbeit in den Kindergärten und Schulen sei kaum möglich, da das vorhandene Personal stark eingebunden sei, jedoch dürfte man diese Arbeit nicht außer Acht lassen.

Frau **Müller** erkundigte sich, wie die Frequenz der Neuanmeldungen in den offenen Sprechstunden sei.

Herr **Kanz** antwortete, es gäbe pro Monat zwischen 25 - 30 Neuanmeldungen.

Herr **Gercek**, Vorsitzender des Fördervereins (für Frau Mikat), berichtete über die Ziele, die Mitglieder und die Struktur des Fördervereins der Erziehungsberatungsstelle. Er ergänzte, dass die Mitgliedschaft im Verein im Jahr 20 € betrage. Zum Schluss wies Herr Gercek noch auf die AD(H)S-Veranstaltung am 25.10.2003 in der Konzertaula und auf den Vortrag zum Thema „Aggressive Kinder“ am 06.11.2003 im Studio Theater hin.

Frau **Bartosch** erkundigte sich, wie viele Mitglieder der Förderverein hätte.

Herr **Gercek** antwortete, die Anzahl der Mitglieder läge bei 40 - 50 Personen.

Zu TOP 3.

187/2003

Offene Ganztagschule  
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Brüggemann** stellte das Schreiben zur Offenen Ganztagschule für die Eltern der Grundschüler vor. Er erklärte, dass die Kosten in dem Anschreiben noch nicht genau beziffert werden konnten, da diese abhängig von der Nachfrage der Eltern seien. Unter 12.271 € Jahreseinkommen würde unter Anlehnung an das GTK kein Beitrag erhoben. In der zweiten Einkommensklasse würde sich der Beitrag zwischen 30 - 50 € und in der höchsten Einkommensklasse zwischen 80 - 100 € bewegen. Ziel sei es, die weniger Verdienenden zu entlasten und die höher Verdienenden zu belasten. Dies sei aber sehr schwierig umzusetzen, da es nicht so viele Variationsmöglichkeiten gäbe, da der Gesetzgeber eine Höchstgrenze von 100 € festgelegt hätte. Darüber hinaus stellte Herr Brüggemann den Elternfragebogen vor. Aufgrund der Planbarkeit müssten sich die Eltern hier verbindlich anmelden. Weitere Informationen gäbe es dann in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Schul- und Sportausschuss.

Frau **Scharrenbach** machte deutlich, dass die CDU-Fraktion den Erlass zur Offenen Ganztagsgrundschule ablehne. Da die Offene Ganztagsgrundschule aber höchstwahrscheinlich eingeführt werde, weil ab 2007 alle anderen Betreuungsangebote nicht mehr gefördert werden sollen, solle das Konzept mit einem hohen Qualitätsstandard umgesetzt werden. Sie stelle sich aber noch Fragen, wie ein Mittagessen durch die Schule angeboten, die Sonderschule zur Offenen Ganztagschule umgewandelt und wie die Gastschulverhältnisse organisiert werden können. Deshalb rege sie an, eine Arbeitsgruppe zu bilden.

Herr **Brüggemann** erwiderte, es gebe bezüglich der Offenen Ganztagschule einen sehr engen Zeitplan. Aus diesem Grunde sei er der Meinung, dass eine Arbeitsgruppe zu diesem Zeitpunkt die Verwaltung in der Umsetzung durch damit veränderte zeitliche Abläufe vor Schwierigkeiten stelle. Im Übrigen sei beabsichtigt, dass Thema im Rahmen der Weiterentwicklung auf die Tagesordnungen der Fachausschusssitzungen zu setzen.

Herr **Kampmann** ergänzte, dass die Käthe-Kollwitz-Schule einen Antrag auf eine Ganztagschule im klassischen Sinne gestellt hätte. Die Offene Ganztagschule bezöge sich ausschließlich auf die Primarstufe. Für die Käthe-Kollwitz-Schule käme daher nur eine Anzahl von 50 Kindern in Frage. Die Offene Ganztagschule würde die Betreuungszeiten von 8 - 16 Uhr abdecken. Dies wäre bei der Käthe-Kollwitz-Schule problematisch, da diese, aufgrund der geänderten Busfahrpläne, erst um 8.30 Uhr beginnen würde. Des Weiteren würde sich die Frage stellen, inwieweit überhaupt Elternbeiträge entrichtet werden könnten, da es sich bei dem Klientel eher um sozialschwache Familien handele. Die Käthe-Kollwitz-Schule würde sich aber die Option offen halten, vielleicht noch zur einem späteren Zeitpunkt zur Offenen Ganztagschule zu werden.

Herr **Kaczmarek** sagte, er halte die Einführung der Offenen Ganztagschule für einen wichtigen Einstieg, um die Qualität und das Klima nachhaltig zu verbessern. Das Konzept der Offenen Ganztagsgrundschule sei auf Autonomie angelegt, da jede Schule auch unterschiedliche Anforderungen an ein Konzept stelle. Einige Fragen könnten daher, ohne den Bedarf zu kennen, nicht geklärt werden.

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass letztendlich die Schulkonferenz autonom über die Einrichtung einer Offenen Ganztagsgrundschule entscheiden würde.

Frau **Scharrenbach** sagte, dass bis 2007 alle anderen Angebote neben der offenen Ganztagschule nicht mehr gefördert werden. Aus diesem Grund stelle sich die Frage, wie und in welcher Qualität das Konzept der Offenen Ganztagschule umgesetzt werde. Des Weiteren stelle sie sich die Frage, ob z.B. zusätzliche Kosten für ein Musikangebot anfallen würden, die nicht durch den Elternbeitrag abgedeckt werden.

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass es, in Abhängigkeit zur Zahl der Gruppen, eine Fachkraft geben soll. Zur Ergänzung würden „Minijobs“ eingerichtet werden. Des Weiteren teilte er mit, er sei nicht der Auffassung, dass beispielsweise für ein Musikangebot zwangsläufig zusätzliche Kosten anfallen müssten.

Frau **Bartosch** teilte mit, sie würde das Modell der Offenen Ganztagschule für eine Chance für einen großen Teil der Kinder halten.

Frau **Dyduch** wies darauf hin, dass in Dortmund in der Offenen Ganztagsgrundschule kein zusätzlicher Beitrag für ein Musikangebot erhoben werde. Die Kosten für ein Mittagessen würden sich in Dortmund auf 2,00 - 2,50 € pro Mittagessen belaufen.

Herr **Suk** war der Meinung, dass die Befragung der Eltern weitere Schritte einleiten werde.

Zu TOP 4.

Auswirkungen der Haushaltskürzungen im Landeshaushalt für den Bereich der öffentlichen und der freien Jugendhilfe  
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Frau **Bartosch** erklärte, der eingebrachte Haushalt der Landesregierung beinhalte Einschnitte, auch im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Aus diesem Grund soll zeitnah über die Auswirkungen der Kürzungen berichtet werden.

Herr **Peske** berichtete, dass vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe Informationen über die Höhe der Kürzungen bekannt gegeben wurden, Einzelheiten stünden bisher bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest. Im Bereich der Kindergärten sei vorgesehen, 50,7 Mio. € im Jahr 2004 und 75,1 Mio. € im Jahr 2005 einzusparen. Dies soll über die Kürzung der Sachkosten erreicht werden. Die Sachkosten würden sich aus der Grund-, der Erhaltungs-, der Tagesstättenpauschale und der Kaltmiete zusammensetzen. Es sollen bei den Sachkosten 2004 1.919 € pro Gruppe eingespart werden. Für die Kamener Kindergärten bedeute dies insgesamt eine Kürzung bei den Sachkosten in Höhe von 114.000 €. Für die Träger wären dies Einschnitte. Für 2005 solle die Kürzung der Sachkosten pro Gruppe auf 2.838 € erhöht werden. Die Einsparungen würden sich hierbei nur auf den Landeshaushalt auswirken, nicht aber auf die Kommune. Bei der Förderung nach dem Landesjugendplan stünden 2004 nur noch 67 Mio. € zur Verfügung. Es gäbe aber noch keine konkreten Angaben dazu, wie und wo eingespart werden soll. Des Weiteren sollen bei den Investitionskosten nach dem GTK 1,4 Mio. € eingespart werden. Dagegen soll es 2004 bei den Landesmitteln zur Sprachförderung eine Erhöhung um 2,5 Mio. € geben. Die Förderungen nach dem Landesjugendplan sollen um 1,4 Mio. € gekürzt werden. Bei den Kosten für die Beratungsstellen freier Träger werde es 2004 eine Kürzung um 37 % geben.

Herr **Suk** sagte, dass die Sachkostenkürzung bei den Kindergärten bei den Trägern zu erheblichen Problemen führen wird.

Herr **Weigel** äußerte, dass es, auch bundesweit, nur Informationen über absehbare Tendenzen gäbe, diese aber zurzeit noch nicht konkretisiert werden könnten.

Herr **Kaczmarek** entgegnete, man müsse sich aber trotzdem mit der Situation auseinandersetzen.

Herr **Maidorn** wies darauf hin, dass die Eckdaten über die gravierenden Einschnitte zurzeit nur Ängste schüren.

Herr **Brüggemann** sagte zu, in den weiteren Sitzungen des Jugendhilfeausschusses über neue Informationen zu berichten.

Zu TOP 5.

184/2003 Kindergartensituation in Kamen

Herr **Theis** erkundigte sich, ob die 44 Kinder, die noch in den Kindergarten hereinwachsen würden, bei der Erstellung der Übersicht zum 01.08.2003 noch nicht erfasst seien.

Herr **Güldenhaupt** bestätigte dies.

Zu TOP 6.

185/2003 Gewährung von Mitteln zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2003

Herr **Brinkmann** meinte, es sei der falsche Weg, alle Fördermittel nur für das Nordstadtforum aufzuwenden, da die anderen Institutionen, auch im Bereich der Nordstadt, wichtige Arbeit leisten würden. Sein Vorschlag wäre, den Beschluss zurückzustellen und noch einmal Rücksprache mit allen Antragstellern zu halten, ob die Antragsteller auch die kompletten Summen, die sie beantragt haben, benötigen würden.

Herr **Maidorn** schlug vor, die Antragsteller zu bedienen und den Rest der Fördersumme für das Projekt Nordstadtforum zu verwenden.

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass die Antragsteller mit ihrer Bezifferungen der Geldsummen nachvollziehbare Aussagen getroffen hätten. Des Weiteren sollte berücksichtigt werden, dass es dieses Jahr nur 5 Antragsteller gäbe, da die Träger nicht, wie in den vergangenen Jahren, durch die Presse informiert wurden. Aus den Anlagen zur Beschlussvorlage sei erkennbar, dass die Träger in den letzten Jahren komfortabel bedient worden seien. Falls der Beschluss abgelehnt werde, müsste durch die Presse bekannt gegeben werden, dass alle Verbände noch die Möglichkeit haben, bis zu einem bestimmten Stichtag ihre Anträge einzureichen.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses einigten sich darauf, zunächst über die Beschlussvorlage abzustimmen. Sollte der Beschluss abgelehnt werden, werde über die beiden Anträge entschieden.

#### **Beschluss:**

Die Förderungssumme in Höhe von 9.640,38 € für die Förderung der Projekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit wird für das Projekt "Nordstadtforum" zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:** bei 3 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Die Anträge wurden zurückgezogen.

## Zu TOP 7.

### Bericht über die Ferienaktionen 2003

Herr **Brüggemann** teilte mit, dass der Bericht über die Ferienaktionen 2003 als Anlage zur Niederschrift nachgereicht werde.

Herr **Brinkmann** erkundigte sich, ob das Spielmobil in den nächsten Sommerferien wieder in den Stadtteilen aufgebaut würde.

Herr **Güldenhaupt** antwortete, die Planung für die Ferienaktionen für das kommende Jahr sei noch nicht abgeschlossen. Der Jugendhilfeausschuss würde aber zeitnah über die Planung für das Jahr 2004 informiert werden.

Herr **Dunker** ergänzte, dass das Spielmobil in diesem Jahr nicht aufgrund des schlechten Zustandes nicht eingesetzt wurde, sondern aus konzeptionellen Gründen. Das sei auch so vorgetragen worden.

## Zu TOP 8.

### Bericht über den Sachstand der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2003

Herr **Brüggemann** berichtete über den Sachstand der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2003. Die Verträge mit den Vereinen und Verbänden seien letztes Jahr alle vorsorglich gekündigt worden, um so Beweglichkeit für veränderte Zielsetzungen und neue Vertragsabschlüsse zu schaffen. Im Bereich Jugend und Soziales seien 7 Positionen betroffen. Es wurden erste Gespräche mit den freien Wohlfahrtsverbänden geführt. Man einigte sich dahingehend, den Zuschuss auf 1.000 € pro kommunaler Struktur zurückzufahren.

Frau **Scharrenbach** erkundigte sich, um welche Verbände es sich handele und welche Änderungen sich dadurch ergeben würden.

Herr **Brüggemann** antwortete, dass es sich bei den Wohlfahrtsverbänden um die AWO, die Diakonie, den Paritätischen Wohlfahrtsverband, die Caritas und das Deutsche Rote Kreuz handele. Des Weiteren führte Herr Brüggemann an, dass es Gespräche mit der Schuldnerberatung gegeben hätte. Es solle eine andere Struktur der Gebührenstaffel geben. Die Einsparungen seien kreisweit eingetragen worden. Weitere Einsparungen seien möglich, wenn Hartz funktionieren werde. Bei der Werkstatt Unna sollte 2004 ein Betrag von 50.000 € eingespart werden. Da das Hartz-Konzept noch nicht umgesetzt ist, muss der Ansatz für 2004 aufgegeben werden. Bei der Familienberatungsstelle (Schwangerschaftskonfliktberatung) sei nach Analyse der kommunalfinanzierten sozialen Dienste auf Kreisebene beabsichtigt, die Zuschüsse nicht nur auf die Standortgemeinden zu verlasten, sondern eine Kostenbeteiligung nach Einwohnerschlüssel zu organisieren. An dem Ansatz für 2004 könne nicht festgehalten werden. Auch mit der Adoptionsvermittlungsstelle wurden schon Gespräche geführt. Ziel war es, durch die Aufnahme weiterer Städte oder Gemeinden in die gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle Kosten einzusparen. Die eingehende Prüfung ergab, dass eine weitere Aufnahme aus verschiedenen Gründen nicht möglich sei.

So sei zu Beginn des Jahres das Interesse der Stadt Lünen zurückgenommen worden. Auch könne die Absicht, kreisangehörige Gemeinden ohne eigenes Jugendamt, wie z.B. Bönen, einzubinden, nicht realisiert werden. Aufgrund der Einheitlichkeit der Jugendhilfe in ihrem Zuständigkeitsbereich lehne der Kreis das aus dargelegten und nachvollziehbaren Gründen ab. Die geplanten Einsparungen könnten somit nicht erzielt werden. Bei der Anonymen Drogenberatung Unna (ADU) war vorgesehen, durch die Bündelung von Aufgaben eine Reduzierung der Kosten um 10.000 € zu erreichen. Die Gespräche haben ergeben, dass der Ansatz für 2004 wahrscheinlich um die Hälfte reduziert werden müsse. Im Bereich der Kindertageseinrichtungen gab es ebenfalls Gespräche mit den Trägern. Es seien verschiedene Konstruktionen zu erwarten. Dies etwa in dem Sinne, dass die Träger mit Blick auf die demographische Entwicklung ihrerseits einen Gruppenabbau in Aussicht stellen. Zu den Überlegungen gehöre, temporär in einzelnen Gruppen auch in zulässigen und vertretbarem Rahmen Kinder über 25 Plätze aufzunehmen. Insgesamt gäbe es eine Verschiebung bei den Einsparung bis 2007, d.h. 2004 kann der angesetzte Betrag nicht erreicht werden. Die Träger machten in den Gesprächen deutlich, dass auf eine Zahlung der freiwilligen Zuschüsse nicht verzichtet werden könnte.

Eine Fortschreibung der HSK-Positionen gäbe es mit der Vorlage für den Rat. Vor dem Jahresende sollen noch die neuen Verträge mit den Trägern abgeschlossen werden.

Zu TOP 9.

#### Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

##### 9.1 Mitteilungen der Verwaltung

9.1.1 Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass die Kooperation zwischen der Evangelischen Kirche und der Stadt Kamen gut angelaufen sei. Am 02.10.2003 hätte eine Auftaktveranstaltung stattgefunden, die auf großes Interesse bei beiden Jugendgruppen gestoßen sei.

9.2 Frau **Dyduch** wies darauf hin, dass die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses aus organisatorischen Gründen schon um 15.30 Uhr beginnen würde.

##### 9.2 Anfragen

Anfragen ergaben sich nicht.

**B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Dyduch  
Vorsitzende

gez. Güldenhaupt  
Schriftführer